



## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Fürst-Erzbischof Dr. Söllmayr!

Mit aufrichtiger Freude begrüße Ich die Jubelfeier Ihres fünfundsanzwanzigjährigen Wirkens auf dem fürsterzbischöflichen Stuhle in Görz.

Ich gedenke bei diesem Anlasse mit herzlicher Befriedigung Ihrer Mir und Meinem Hause stets bewiesenen treuen Anhänglichkeit so wie Ihrer hervorragenden Verdienste um Kirche und Staat, und Ich verbinde damit den Wunsch, daß es dem Allmächtigen gefallen möge, Sie Ihrem segensreichen Berufe noch lange in ungeschwächter Kraft zu erhalten.

Schönbrunn am 13. Juni 1880.

Franz Joseph m. p.

Am 22. Juni 1880 wurde in der k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXVII. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

- Daselbe enthält unter
- Nr. 71 die Verordnung des Finanzministeriums vom 7. Juni 1880, betreffend die Glockensignal-Vorrichtung des Dolainsstischen Spiritus-Messapparates;
- Nr. 72 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 16. Juni 1880, betreffend die Umgestaltung des kön. ungarischen Nebenzolles erster Klasse zu Rubin in ein Nebenzolllamt zweiter Klasse und die Befugnisse desselben;
- Nr. 73 die Verordnung des Justizministeriums vom 16. Juni 1880, betreffend die Zuweisung der Gemeinden Janowitz und Wróblowitz zu dem Sprengel des städtisch-delegierten Bezirksgerichtes Larnów in Galizien;
- Nr. 74 das Gesetz vom 18. Juni 1880 wegen theilweiser Abänderung der Bestimmungen über die Ribenzunderbesteuerung. („Wr. Btg.“ Nr. 141 vom 22. Juni 1880.)

## Nichtamtlicher Theil.

### Zeitungschau.

Bezüglich der Gerüchte über die bevorstehende Reconstruction des Cabinets erklärt das „Fremdenblatt“, daß die Minister v. Stremayr, Korb und Horst schon längst ihren Wunsch bekannntgegeben haben, aus dem Cabinet zu scheiden. Eine partielle Erneuerung ist bereits mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Barons Kriegsau unvermeidlich. Falls auch die drei anderen Minister auf ihrem Entschlusse beharren, ihre Portefeuilles niederzulegen, und ihre Demission die Annahme findet, so dringt über den Charakter der Neubildung des Cabinets bereits so viel in die Oeffentlichkeit, daß dasselbe keineswegs eine gegen eine Partei gefehrte Spitze aufweisen wird. Auch glaubt das Blatt, daß alle bisher in die Oeffentlichkeit gedruckenen Namen Combinationen und Prothezierungen sind, welche in den Thatsachen keine Bestätigung finden werden.

Wie das „Extrablatt“ berichtet, kam es als Thatsache festgehalten werden, daß Graf Taaffe nach wie vor auf dem Verfassungsstandpunkte auszuharren unbedingt entschlossen ist, auf dem Verfassungsstandpunkte nicht allein dem Gesetzesbuchstaben, sondern auch ihrem Geiste nach, und daß er nur mit den Deutschen, niemals gegen das Deutschthum seine Mission zu vollenden gedenkt.

Die „Presse“ erklärt: Der Gedanke, daß das neue Ministerium sich weder als ein parlamentarisches Ministerium der Rechten noch der Linken geben wolle und könne, ist richtig. Seine Richtigkeit wird sogar in beiden Lagern der zwei feindlichen Parteien anerkannt. Sie erklären sich beide für den Augenblick gleich regierungsunfähig. Die Rechte, weil sie glaubt, daß ihre Zeit noch nicht gekommen sei; die Linke, weil sie überzeugt ist, daß ihre Zeit erst wieder kommen müsse. Freund der Regierung ist weder die eine noch die andere. Das darf die Regierung, die besteht, wie die, welche kommt, nicht vergessen. Sie kann nur leben, wenn sie wirklich das ist, was sie zu werden verspricht, neutral, und zwar neutral gegen beide Parteien. Versteht sie letzteres wirklich, dann wird ihr die Freundschaft der einen ebensowenig wie die Feindschaft der anderen zu Schaden gereichen.

Das „Fremdenblatt“ polemisiert gegen die „Neue freie Presse“ betreffs seiner Haltung in der böhmischen

Wahlreformvorlage. Das Blatt erklärt, daß es getreu seiner unabhängigen Haltung wohl den Gedanken des Ministeriums Taaffe unterstütze und fördere, aber die Mittel, die die Regierung anwende, bekämpfe, sobald dieselben dem Deutschthum oder dem Staate bedrohlich erscheinen. Deshalb habe das Blatt die böhmische Wahlreformvorlage abgelehnt. Darans folge aber nicht, daß es auch die Ziele des Ministeriums Taaffe über Bord werfen müsse. „Wenn Graf Taaffe“, sagt das Blatt, „als sein Ziel die Beilegung des Nationalitätenzwistes, die Verständigung zwischen den Deutschen und den Czechen proclamirt, so kann das Ziel von keinem vernünftigen österreichischen Politiker bekämpft werden. Der Widerspruch kann nur den Mitteln gelten, welche zu diesem Ziele nicht führen, von demselben uns noch weiter abbringen können. Es kann niemand in Oesterreich praktische Politik treiben, ohne dieses Ziel anzustreben. Es war dies ein Fehler der Verfassungspartei, daß sie nicht bereits längst diese Idee aufgenommen und mit allem Nachdrucke verfolgt hat, und wir sind überzeugt, daß, wenn die Verfassungspartei einmal wieder ans Ruder kommt, sie auch ungesäumt an diese Frage herantreten wird. Die Versöhnung darf allerdings nicht von oben decretirt, sie darf nicht durch Majoritätsbeschlüsse votirt werden, sie muß von innen hervorquellen — aber man muß bestrebt sein, die Dispositionen hiezu zu verwerten und die Parteien einander näher zu bringen. Wir halten an dieser Aufgabe als dem wichtigsten Problem der österreichischen Staatskunst fest, welche dem Staatsmann, der es zu lösen vermögen wird, unvergänglichen Ruhm und stete Anerkennung seitens aller Völker der Monarchie sichern wird.“

Die „Neue freie Presse“, die „Vorstadtzeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ machen auf den Widerspruch aufmerksam, der darin gelegen ist, daß einerseits der Papst für die Katholiken in Marokko religiöse Freiheit verlangt, und daß andererseits die Tiroler Bischöfe den Protestanten in Tirol die religiöse Freiheit bestreiten wollten. Es sei eine blutige Ironie, sagt die „Deutsche Zeitung“, daß der Papst das Princip der muhamedanischen Glaubenseinheit in Marokko durchbreche wolle, während die Tiroler Bischöfe das Princip der katholischen Glaubenseinheit in Tirol verfechten.

### Der Minoritätsbericht über die böhmische Wahlreform-Vorlage.

Es liegt nunmehr der Wortlaut des von Dr. Rieger ausgearbeiteten Minoritätsberichtes über die böhmische Wahlreform-Vorlage vor. Dr. Rieger, welcher sich diesmal einer ruhigen Sprache befleißigt, beklagt zunächst, daß die Bemühungen der Czechen, eine Wahlreform herbeizuführen, durch offene und versteckte Negation vereitelt wurden. Wenn auch die Minorität in der Vorlage nicht die Befriedigung aller ihrer Wünsche erblickt, findet sie in dem beantragten Wahlmodus einen Fortschritt gegen die bisherige Gepflogenheit. Der Bericht fährt dann fort:

„Der Hauptgrund der Commissionsmajorität ist aber der, daß dem Landtage das Vertrauen zur Regierung fehle, was mit dürren Worten sagen will: Die Majorität der Commission beantragt, der Landtag möge die Vorlage ablehnen, weil sie dessen Majorität in entschiedene Opposition gegen die Regierung stellt. Es handelt sich also der Majorität nicht darum, die Bedenken, welche sie gegen die Vorlage erhebt, ernstlich zu prüfen, zu discutieren, durch Amendements zu modificieren und so die Vorlage zu verbessern — nein, es handelt sich ihr bloß darum, den Landtag zu bestimmen, daß er der gegenwärtigen Regierung in dieser Form ein eclatantes Mißtrauensvotum gebe. Der Antrag der Majorität ist nur ein fortissime ausgesprochenes Nein. Ein solches Nein macht alle anderen Gründe überflüssig, und einem solchen Nein gegenüber wäre eigentlich jeder Austausch von Erwägungen eitel, wenn thatsächlich die Majorität des Landtages sich auf diesen Standpunkt stellen wollte.“

„Die Minorität der Commission sagt, daß sie gegen die Regierung Mißtrauen hegt und daß mit ihr keine Wahlreform gelingen könne. Offenbar scheint sonach die Majorität der Commission nur dann Vertrauen zu einer Regierung haben zu können, wenn diese ihr nahe stehenden Parteigenossen übertragen wird. Daß dieser Wunsch dermalen in Erfüllung gehen

werde, ist kaum wahrscheinlich, da das bekannte Parteiverhältnis im Reichsrath eine solche Parteiregierung als unhaltbar erscheinen läßt. Es muß also das Botum der Commissionsmajorität als ein Antrag gedeutet werden, die Wahlreform so lange zu vertagen, bis im Reichsrathe eine andere Majorität vorhanden ist. Aber worin liegt für das Land Böhmen die Bürgschaft, daß die Wahlreform, welche die unerschöpfliche Quelle des erschlossenen Verfassungstretes bildet, jemals dem Rechte entsprechend corrigirt werden würde, wenn jene Partei, wenn jener Geist, der aus dem Botum der Majorität spricht, eine Regierung leiten würde? Haben doch jene Männer, welche seit neunzehn Jahren mittelbar oder unmittelbar die Regierungsgewalt in der Hand hatten, eine Wahlreform bisher noch nicht durchgeführt.“

„Es gilt nun zu handeln. Die Minorität der Commission ist bereit, auf alle Amendementsvorschläge einzugehen, sie im Sinne des möglichsten Entgegenkommens zu besprechen. Da die Frage der Wahlreform auch mit der Nationalitätenfrage im Connexte stehe, und da von mancher Seite eine Zurückziehung des deutschen Elementes besorgt wird, falls die Majorität im Landtage verschoben würde, so hat die böhmisch-nationale Partei, welche in der Minorität repräsentirt ist, sich wiederholt erboten, mit Vertretern der deutsch-nationalen Partei allenfalls auch außerparlamentarisch in Verhandlung zu treten, um den Versuch zu machen, ob es nicht möglich wäre, im Wege der Verständigung Institutionen zu schaffen, welche, jede Majorisierung der einen oder andern Nationalität ausschließend, die Entscheidung in allen Fragen nationaler Natur in die Hand der betreffenden Nationalität selbst legen würde.“

### Zur Situation in Frankreich.

Die große Aufregung, welche der Amnestieentwurf namentlich unter den Senatoren hervorrief, veranlaßte die Regierung, bei der Vorlage des Entwurfes im Senate keine Dringlichkeit zu beantragen und die Commissionswahl bis Freitag aufzuschieben. Da alle Senatsgruppen in ihren Meinungen getheilt sind, so läßt sich kein sicheres Resultat vorhersehen. Die bonapartistischen Senatoren und die Legitimisten, welche hoffen, die Rückkehr der verbannten Communaards werde Anordnungen hervorrufen und die monarchische Restauration ermöglichen, wollen die Amnestie votieren, während die Orleansisten dieselbe ablehnen. Es finden fortwährend gegenseitige Besprechungen statt, um eine gemeinsame Haltung festzustellen; doch wurde bis 23. d. M. noch kein Beschluß gefaßt. Das linke Centrum ist in seiner Meinung sehr getheilt. Dufaure und dessen Freunde wollen gegen die Amnestie stimmen, verhalten sich aber ruhig. Laboulaye und Rémusat agitieren dagegen, Calmon und Léon Say agitieren dafür, indem sie darauf hinweisen, daß die Verwerfung eine Niederlage des Cabinets und einen Conflict mit der Kammer zur Folge haben würde, was nothwendig die Kammerauflösung herbeiführen müßte. Dieser Grund veranlaßt mehrere, früher der Amnestie gegnerisch gewesene Senatoren, dafür zu stimmen. Die Senatoren der östlichen Departements erklären, ihre Wähler seien gegen die Amnestie. Jules Simon, den die Reactionären zum Präsidenten der neuen Abtheilung wählten, soll dagegen sprechen wollen. Er sprach sich aber bisher nicht aus. Die Stimmung der gemäßigten republikanischen Senatoren ist gedrückt. Sie werden mit Widerwillen der Amnestie zustimmen.

Der „Liberté“ zufolge befinden sich in der Strafcolonie von Numea augenblicklich noch 295 Individuen, welche von den Kriegsgerichten zur Transportation verurtheilt worden sind. Unter Transportation versteht das französische Recht die Galeerenstrafe für gemeine Verbrechen, welche früher in den Bagno von Toulon und Brest abgebüßt wurde, jetzt aber den Verurtheilten nach Neu-Caledonien führt, unter Deportation, die wiederum in zwei Abarten zerfällt: die einfache und die Deportation nach einem befestigten Plage, die Strafe für politische Verbrechen. Für 262 dieser Transportierten ist die Strafe im Gnadenwege schon in die der Deportation nach einem befestigten Plage umgewandelt worden. Fast alle sind schon mehrfach wegen Diebstahls und Landstreicherei bestraft. Im Bagno von Numea befinden sich also noch 33 Commune-Verurtheilte, und von ihnen haben nur zwölf

keine Vorbestrafung wegen gemeinen Verbrechens. Alle diese Individuen werden mit dem Segelschiffe „Navarin“ nach Frankreich zurückgeführt werden. Außer den Männern der Commune wird die Amnestie auch noch den im Jahre 1871 wegen Theilnahme an einem Aufstande verurtheilten Regern von Guadeloupe und La Martinique, welche jetzt in Guyana interniert sind, zugute kommen.

Der bedeutungsvolle Tag, an welchem die März-Decrete zur Ausführung gelangen sollen, der 29ste Juni, rückt immer näher. Die verschiedenen Corporationen treffen ihre Vorbereitungen, jedoch, wie es scheint, nicht zur Abreise, sondern zum Widerstande. Die clericalen Blätter veröffentlichen eine von den geistlichen Genossenschaften herrührende Denkschrift (Memoire justification), in welcher sie, auf die zwischen ihnen allen bestehende Solidarität hinweisend, ihre Abneigung, die Ermächtigung des Staates einzuholen, zu rechtfertigen suchen. „Einig waren wir,“ heißt es in diesem Schriftstücke, „und einig sind wir jetzt mehr als je! Wir haben den Wahlspruch angenommen: „Potius mori quam foedari!“ Möge Gott, für den wir kämpfen, uns vor jeder Schwäche und jedem Abfalle von der Vertheidigung der Rechte, welche die Feinigen sind, bewahren! Laßt uns einig bleiben, und wir werden unüberwindlich sein!“

## Tagesneuigkeiten.

— (Erstes österreichisches Bundesgesetz.) Die Generaldirectoren der in Wien einmündenden Bahnen haben beschlossen, allen jenen Personen, welche sich mit einer Festkarte oder einer Mitgliedskarte des österreichischen Schützenbundes legitimieren, eine fünfzigprocentige Ermäßigung der Fahrgebühren zu bewilligen. Die Ermäßigung erstreckt sich auf alle Züge, mit Ausnahme der Eilzüge, und auf die zweite und dritte Klasse. Bezüglich des Gepäcks wird auf Intervention des Vorstandes in allen Grenzstationen die größte Coullance beobachtet werden, doch werden die Festgäste gebeten, ihr Gepäck mit der Aufschrift „Schützengepäck“ zu versehen. — Das Tiroler-Borarlberger Comité hat sich auf gefassten Beschlusse in das Festcomité des „Ersten österreichischen Schützenbundes“, jedoch nur für die Tiroler, eingereiht. Auf telegraphischem Wege wurden zu den bereits gefendeten 3000 Mitgliedskarten noch 6000 Stück nach Innsbruck verlangt. Vom 29. d. M. bis inclusive 4. Juli findet das Tiroler Kaiserschützen in Bregenz statt. Die Tiroler und Borarlberger organisieren sich für den Schützentag in allen Thälern, als gelte es zu einer Schlacht sich vorzubereiten.

— (Kircheneinsturz.) In Ujohyatin im Mar-maroser Comitath hatte die Behörde aus Gründen öffentlicher Sicherheit verboten, eine Kirche, die soeben fertig gebaut worden, dem allgemeinen Gebrauch zu übergeben. Als man nun daran gieng, das Gewölbe dieser neuen und doch schon haufälligen Kirche abzutragen, stürzte dieselbe ein und begrub den Unternehmer Peter Adriani mit zehn Arbeitern unter ihren Trümmern.

— (Elektrisches Licht und Früchtereife.) Die Erdbeeren reifen langsam, und manchem mag es zu lange dauern, bis er endlich im Juni die köstliche Frucht sich pflücken kann. Das soll nun anders werden. Werner Siemens, der Berliner Erfinder, kürzlich zum Geheimrath ernannt, dessen Studien über den Einfluß des elektrischen Lichtes auf das Pflanzenwachsthum bekannt sind, zeigte unlängst in der Londoner „Royal Society“ zwei Töpfe mit Erdbeeren, die, zu gleicher Zeit und unter gleichen Bedingungen gepflanzt, doch einen sehr verschiedenen Reifegrad aufwiesen. Der eine Topf hatte grüne, der andere völlig reife, schmackhafte Früchte. Der erste war nur wie gewöhnlich dem Tageslicht ausgesetzt gewesen, der zweite außerdem nachts durch elektrisches Licht besonnt worden. Daraus geht hervor, daß elektrisches Licht wie das Sonnenlicht den Zucker und den aromatischen Stoff zu bilden geeignet ist, wovon das Reifen der Früchte abhängt. Der Kunstgärtner der Zukunft wird sich vom Sonnenlichte emancipieren können und zu jeder Zeit — freilich wohl nur der Tafel der Reichen — die schönsten Früchte zu liefern imstande sein.

— (Stednadeln.) Die Vereinigten Staaten fabricieren jetzt jährlich 72.540.000 Patete oder 18.740.800.000 einzelne Stednadeln; es entfallen somit auf jeden Kopf der Bevölkerung jährlich 468 Stednadeln. Vor fünfzig Jahren brauchte ein Mann eine Minute zur Herstellung von 14 Stednadeln, jetzt kann ein einziger Mann mehr als 14.000 Stednadeln in der Minute anfertigen.

## Locales.

### Krainischer Landtag.

#### 5. Sitzung.

Laibach, 24. Juni.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. R. v. Kalltenegger; Vertreter der Regierung: der k. k. Landespräsident Winkler. Anwesend 33 Abgeordnete.

I. Das Protokoll der letzten Sitzung wird in deutscher Sprache verlesen und genehmigt.

II. Mittheilungen des Landespräsidiums.

Der Landeshauptmann ladet die Herren Abgeordneten ein, an dem für weiland Se. Majestät Kaiser Ferdinand abzuhaltenden Requiem in der Domkirche theilzunehmen, und theilt weiters mit die Einladung der „Laibacher Liedertafel“, welche zugunsten der durch Hagelschlag verunglückten Gemeinden Unterkraains ein Concert im Casinogarten veranstaltet, und die Einladung der k. k. priv. Rohrschützen-Gesellschaft zu dem zu Ehren des Herrn Landespräsidenten Winkler zu veranstaltenden Festschießen.

Petitionen werden verschiedenen Ausschüssen zur Vorberathung zugewiesen.

III. Die Regierungsvorlage eines Gesetzes, betreffend einige Maßregeln zur Hebung der Fischzucht in den Binnengewässern, wird dem Verwaltungsausschusse zugewiesen.

IV. Abg. Dr. R. v. Besteneck referiert namens des Verwaltungsausschusses zur Regierungsvorlage des Gesetzentwurfes, betreffend die Tragung der Kosten der Amtshandlungen über verspätet eingebrachte Anmeldungen der nach § 6 des Patentgesetzes vom 5. Juli 1853 (R. G. Bl. Nr. 130) von Amtswegen der Ablösung oder Regulierung unterliegenden Rechte, die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen. Der Gesetzentwurf lautet:

„Mit Zustimmung des Landtages Meines Herzogthums Krain finde Ich in Abänderung des § 42 des Patentgesetzes vom 5. Juli 1853 (R. G. Bl. Nr. 130) anzuordnen:

1.) Alle jene Rechte, beziehungsweise Grundlasten, welche nach § 6 des Patentgesetzes vom 5. Juli 1853 von Amtswegen der Ablösung oder Regulierung unterliegen und bisher nicht angemeldet oder geltend gemacht wurden, sind längstens binnen sechs Wochen nach Kundmachung dieses Gesetzes der k. k. Grundlasten-Ablösungs- und Regulierungs-Landescommission zur Kenntnis zu bringen, und zwar mittelst förmlichen, dem Anmeldebüchle vom 15. September 1855 entsprechenden Anmeldungen oder mittelst Eingaben, welche durch ihren Inhalt förmliche Anmeldungen zu ersetzen geeignet sind. Werden derlei Rechte erst nach Ablauf obiger Frist angemeldet oder geltend gemacht, so haben die Parteien, welche die rechtzeitige Anmeldung oder Geltendmachung veräußert haben, die Kosten der eingeleiteten Verhandlung zu tragen und dieselben nach Bestimmung der k. k. Grundlasten-Ablösungs- und Regulierungs-Localcommission auch durch Vorschüsse sicherzustellen. Eine vorschußweise Flüssigmachung der Kosten aus dem Grundentlastungsfonde kann nur ausnahmsweise und aus gewichtigen Gründen von der k. k. Grundlasten-Ablösungs- und Regulierungs-Landescommission bewilligt werden.

2.) Ueber die Verpflichtung zur Tragung und beziehungsweise Ersatzleistung der Kosten ist von den zur Erkenntnißschöpfung nach dem Patente vom 5. Juli 1853 berufenen Behörden unter Beobachtung darauf, ob sich die eine oder andere Partei nicht schon mit Hinblick auf die mittelst Staatsministerial-Erlasses vom 8. November 1866, Z. 17351 (R. G. Bl. für Krain XII, Stück Nr. 16) gegebene Erläuterung des § 42 des Patentgesetzes vom 5. Juli 1853 in einem Verschulden befindet, zu erkennen.“

Abg. Dr. Poklukar beantragt die Frist auf 60 Tage zu erweitern und den Zusatz in Alinea 1 des Gesetzentwurfes aufzunehmen: „binnen längstens 60 Tagen nach erfolgter Kundmachung im Landesgesetzblatte.“

Landespräsident Winkler spricht sich für die vom Abgeordneten Dr. Poklukar vorgeschlagene Textirung aus.

Referent Dr. Ritter v. Besteneck hat gegen die vom Abgeordneten Dr. Poklukar beantragte Aenderung für seine Person nichts einzuwenden.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf mit der vom Abgeordneten Dr. Poklukar beantragten Aenderung angenommen.

Abg. Dr. Ritter v. Besteneck berichtet zu § 3 des Rechenchaftsberichtes, daß der Landtag in der sechsten Sitzung vom 1. Oktober 1878 den Landesauschuss beantragt hat, die k. k. Regierung im Namen des Landtages zu ersuchen, mit größter Energie dahin zu wirken, daß die Arbeiten der Grundlasten-Ablösungscommission mit dem Jahre 1879 zum Abschlusse gelangen, jedenfalls aber der etwa bleibende Rest der bezüglichen Arbeiten durch die Organe der k. k. Regierung ohne Inanspruchnahme der Mittel des Grundentlastungs- oder Landesfondes beendet werde. Referent bemerkt, es seien derzeit noch eine Reihe von Verhandlungen bei der in Laibach noch activierten Localcommission anhängig. Diese werden sich infolge des soeben angenommenen Gesetzentwurfes, wenn er die Allerhöchste Sanction erhält, noch häufen, indem sich jedermann hüten wird, bei einer Fristversäumung die Kosten zu tragen. Referent beantragt daher, die Regierung zu ersuchen, daß wenigstens bis zum Jahre 1881 sämmtliche Arbeiten dieser Commission beendet sein werden.

Abg. Kobič meint, das Ablösungsgeschäft könnte sehr gefördert werden, wenn man auch die Wald- und Weidrechte, wo keine besondere Anmeldung nöthig ist, regeln würde. In gleicher Weise sei man auch in Görz vorgegangen.

Landespräsident Winkler erklärt in slovenischer Sprache, es sei ihm bis nun nicht bekannt, in welcher Weise in Krain vorgegangen wurde, doch werde er dahin wirken, daß die Verhandlungen vereinigt werden. Die Ablösung dauere nun schon das 22. Jahr, es sei daher wohl die höchste Zeit, daß dieselbe endlich einmal beendet werde. Er werde sich von den Bezirkshauptmannschaften allmonatlich genaue Ausweise über die auf diesem Gebiete entfaltete Thätigkeit einsehen lassen und auf die thunlichste Beschleunigung der Arbeiten dringen. In der künftigen Session hoffe er bereits in der Lage zu sein, einen detaillierten Bericht hierüber vorzulegen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen.

V. Der Bericht des Landesauschusses, betreffend die Gesetzentwürfe zur Herbeibringung von Geldforderungen an Gemeinden und Concurrenzverbände, wird dem Verwaltungsausschusse zugewiesen.

VI. Abg. Graf Thurn beantragt namens des Rechenchaftsberichts-Ausschusses die Fassung folgender Beschlüsse:

1.) Der Landtag des Herzogthums Krain bedauert die Ablehnung, welche das Ansuchen des Landesauschusses um Auskünfte über die Ergebnisse der Executionsführung durch die Steuer-Executoren seitens des k. k. Landespräsidiums bezüglich der k. k. Finanzdirection erfahren hat, und erblickt in derselben eine Verkennung und Beeinträchtigung seines im § 19 der Landtagsordnung, lit. a gewährleisteten Rechtes, und fordert den Landesauschuss auf, sein unter Nr. 7376 gestelltes Ansuchen namens des Landtages und mit Berufung auf dessen gegründetes Recht zu erneuern, über den Erfolg aber in der nächsten Landtagssession zu berichten.

2.) Der Landesauschuss wird angewiesen, bei der Regierung dahin zu wirken, daß bei der Executionsdurchführung auf die kleinen Grund- und Hausbesitzer und bezüglich kleiner Rückstandsreste auf bedeutende Steuercontribuenten billige Rücksicht genommen werde, so zwar, daß bei einer Gesamt-Jahresschuldigkeit an Steuern sammt Zuschläge bis zum Betrage von 5 fl., sowie bei Rückstandsresten im Höchstbetrage von 2 fl. als einmalige Mahngebühr nicht mehr als der Betrag von zehn Kreuzer aufgerechnet werden darf.

Abg. Pfeifer erklärt sich mit dem Ausschussantrage vollkommen einverstanden, besonders was die sogenannten Mahngebühren betrifft, welche für die ersten sieben Tage täglich 5 kr., für die zweiten sieben Tage täglich 10 kr. betragen, folglich in 14 Tagen 1 fl. 5 kr. ausmachen. Rückständige Steuern werden vierteljährig exequiert, die Mahntkosten können daher für jedes Steuerbüchel, das ein Besitzer hat, 4 fl. 20 kr. betragen. Hat nun einer, wie das in Unterkraain häufig vorkommt, zu zehn Bücheln, so belaufen sich die Kosten des Mahnens auf fast 42 fl. Wenn die Steuern nicht gezahlt werden, so sei in Krain lediglich die Armuth daran schuld. Redner begrüßt daher den Antrag des Ausschusses als einen sehr humanen.

Bei der Abstimmung wird der Ausschussantrag angenommen.

VII. Graf Thurn berichtet namens des Rechenchaftsberichts-Ausschusses und beantragt:

Der § 1 des Regierungsgesetzentwurfes hätte zu lauten: „Die Grund- und Hausklassensteuer ist in drei gleichen Raten der Jahresschuldigkeit am 15ten Februar, am 15. August und am 15. November jedes Jahres zu entrichten. Die Hauszinssteuer ist in vier gleichen Raten der Jahresschuldigkeit am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November jeden Jahres zu berichtigen.“

Das zweite Alinea des § 1 des Regierungsgesetzentwurfes, sowie die §§ 2, 3 und 4 bleiben unverändert.

Abg. Detela beantragt, es mögen als Zahlungstermine der 1. März, 1. September und 1. Dezember bestimmt werden.

Abg. Navratil unterstützt den Antrag des Vorredners, welcher den Wünschen und Verhältnissen der ackerbautreibenden Bevölkerung entspreche. Für Weingartenbesitzer aber beantragt Redner zwei Termine, und zwar in den Monaten November und März.

Abg. Lavrenčić befürwortet die Annahme dieses Antrages.

Abg. Freiherr v. Apfaltrern wünscht seitens des Regierungsvertreter's Aufklärung darüber, welche Stellung die Regierung zu den eben vernommenen Anträgen nehme.

Der Landespräsident bemerkt, die Anträge der Abgeordneten Detela und Navratil seien soeben erst zu seiner Kenntnis gelangt, er könne daher nicht wissen, welche Stellung die maßgebende Instanz, nämlich das k. k. Finanzministerium, ihnen gegenüber einnehme. Jedenfalls werde den Billigkeitsrückichten vollste Rechnung getragen werden.

Abg. Freiherr v. Apfaltrern beantragt, um dem Regierungsvertreter Zeit zur Information zu lassen, den Gegenstand zu vertagen.

Abg. Dr. Poklukar erklärt sich gegen die Vertagung, da ja nichts Definitives beschlossen, sondern nur Vorschläge erstattet werden sollen.

Abg. Deschmann spricht sich gegen weitere, als in den Ausschussanträgen stipulierte Fristverlängerungen aus, da auch das Land, der Bezirk und die Gemeinde auf die geregelte und pünktliche Einzahlung der Steuerzuschläge reflectieren.

Abg. Dr. Wosnjak findet die Besorgnisse des Abg. Deschmann ungerechtfertigt und unterstützt die Anträge der Abgeordneten Navratil und Detela.

Bei der Abstimmung wird der vertagende Antrag des Abgeordneten Freiherrn v. Pfafstern abgelehnt, dagegen werden die Anträge der Abgeordneten Detela und Navratil, sowie der zweite Theil des Ausschussantrages angenommen.

VIII. Abg. Klun referiert namens des Rechenschaftsberichts-ausschusses über die Landes-Obst- und Weinbauschule in Slap und beantragt:

1.) Es seien in Unterfrain regelmäßige Wandervorträge einzuführen, für welche die k. k. Landwirtschaftsgesellschaft eine angemessene Staatssubvention erwirken möge. Das Schuljahr an der Slaper Weinbauschule soll so eingerichtet werden, dass es dem Leiter der Schule, Herrn Director Dolenc, ermöglicht werde, die erwähnten Wandervorträge zu halten. Auch sei die Anstellung eines zweiten Adjuncten an der Slaper Schule in Erwägung zu ziehen, der mit dem Director die Wandervorträge gemeinschaftlich zu besorgen hätte;

2.) dem Landesauschusse sei aufzutragen, im Einvernehmen mit der k. k. Landwirtschaftsgesellschaft ein populär geschriebenes Buch über die Weincultur mit Illustrationen herauszugeben und dafür im Präliminare pro 1881 vorzusorgen;

3.) dem Landesauschusse wird aufgetragen, beim k. k. Ackerbauministerium bittlich einzuschreiten, die Subvention für die Slaper Weinbauschule auf die ursprüngliche Summe per 2000 fl. zu erhöhen;

4.) dem Landesauschusse wird gestattet, bei Ausschreibung und Verleihung der Stipendien für die Slaper Schule nicht zu strenge auf den Beweis der Dürftigkeit zu sehen;

5.) der Rechenschaftsbericht sei in diesem Theile genehmigend zur Kenntnis zu nehmen.

Abg. Ritter v. Gutmannsthal unterstützt den Antrag auf Einführung eines geregelten landwirtschaftlichen Wanderunterrichtes für Unterfrain, da die Errichtung einer Ackerbauschule daselbst wegen der Unzulänglichkeit der finanziellen Mittel leider nicht durchführbar sei.

Abg. Dr. Bleiweis versichert, der Wanderunterricht habe überall, wo er inscenirt wurde, große Vortheile gebracht. Doch sei eben ein fortgesetzter Unterricht für alle Zweige der Landwirtschaft und nicht nur für den Weinbau nöthig. Auch empfehle sich die Reorganisation des landwirtschaftlichen Unterrichtes an der hiesigen k. k. Lehrer-Bildungsanstalt. Redner citirt einen seitens des Ackerbauministeriums im Februar erlassenen Bescheid, welcher die Einführung eines geregelten und fortdauernden Wanderunterrichtes dringend befürwortet. Unter Hinweis hierauf beantragt Redner, den Landesauschuss zu beauftragen, eine Enquete einzuberufen, welche sich mit der Regelung dieser Frage zu befassen hätte.

Abg. Deschmann wünscht den Antrag des Abg. Dr. Bleiweis als einen selbständigen behandelt zu sehen und wundert sich, dass der Director der Slaper Weinbauschule selbst für die Aufhebung derselben plaidiere. Redner vermisst diesbezüglich einen Antrag des Ausschusses.

Abg. Pakiz bestätigt wie Dr. Bleiweis die Nützlichkeit eines guten Wanderunterrichtes für die Ackerbaubereitenden.

Abg. Dr. Barnik beantragt die Zuweisung des Ausschussantrages I und des Bleiweis'schen Antrages an den Verwaltungsausschuss.

Dieser Antrag, sowie die übrigen Ausschussanträge werden schließlich angenommen, worauf die Sitzung um 1/2 Uhr geschlossen wird.

Nächste Sitzung Montag um 11 Uhr.

## Dreihundertjährige Jubiläumsfeier des Staats-Montanwerkes Idria.

(Originalbericht der „Laibacher Zeitung“).

Zweiter Festtag.

Das Festbankett.

Idria, 22. Juni.

(Schluss.)

Landtagsabgeordneter Ritter von Gariboldi weihte unter lebhaften Beifallrufen der Festgäste den Idrianer Werksbeamten und deren Chef folgenden Trinkspruch:

„Anknüpfend an die erhebenden Worte, welche der hochgeehrte Herr Werksdirector Lipold gesprochen, erlaube ich mir, dieselben in einer Richtung weiter auszudehnen, beziehungsweise zu ergänzen. Der sehr geehrte Herr Bürgermeister von Idria hat früher ein Hoch gebracht unserem geliebten Gesamtvaterlande Oesterreich. Wenn aber vom Reiche die Rede ist, mit seinen gewaltigen Aufgaben, die es zu erfüllen hat, und von seiner Macht und Kraft, mit der es segenspendend von seinen Ländern und Völkern, die ihm angegehören das

Glück haben, schirmt und umfängt, dann liegt es wohl nahe, auch jenes Factors zu gedenken, der wesentlich mitberufen ist, die Aufgabe des Reiches zu lösen, d. i. der österreichischen Beamtenenschaft!

„Diese war, getreu ihrer Pflicht und ihrem Berufe, in ihrer ungeheueren Mehrzahl zu allen Zeiten ein treuer Hüter und ein mächtiger Förderer des österreichischen Reichsgedankens, und in ihr dürfen wir einen von jenen Grundpfeilern erblicken, an welchem alle zersetzenden und subversiven Tendenzen zerschellen und auf welchem die Macht und Einheit des Reiches — trotz allem Wechsel der Zeit — sicher und dauernd gebaut ist. (Stürmischer Beifall.) Als ein würdiges Glied des großen Körpers stand aber insbesondere schon seit jeher die Beamtenenschaft des Montanwerkes Idria da, und man darf es wohl aussprechen, dass die Geschichte dieses Werkes, sein Wachsen und Erblühen innigst verknüpft ist mit jenen Beamten, die das Werk bisher zu leiten berufen waren und deren Namen wir infolge einer sinnreichen Aufmerksamkeit des verehrten Festcomités an den Wänden dieser schönen Festhalle in vier Tafeln verzeichnet finden.

„Ein gleich erfreuliches Bild bietet sich uns auch gegenwärtig dar, und — würdige Nachfolger ihrer braven Vorgänger — sehen wir das herrliche Montanwerk Idria auch heute geleitet von hochachtbaren und wackeren Männern, die, ausgezeichnet durch Bildung und Wissen, unbeeinträchtigt durch etwaige ihnen von unberufener Seite in den Weg gelegte Hemmnisse, unerschütterlich treu festhaltend an Kaiser und Reich, mit seltener Hingebung und unermüdetem Eifer erfolgreich ihres schönen Berufes walten. Es ist demnach gewiss nur eine mit Freude und vom Herzen geübte Pflicht, an dem heutigen Jubiläumstage des Montanwerkes Idria jener vortrefflichen Männer zu gedenken, die an dem derzeitigen, allen Anforderungen der Wissenschaft und der Erfahrung entsprechenden Stande dieses Werkes einen so hervorragenden Antheil haben, und deren Kenntnissen und selbstloser Hingebung für ihre Berufspflichten es in erster Linie zu danken ist, dass Idria den heutigen Ehrentag in so ausgezeichnete Verfassung begeben konnte. Den Werksbeamten Idrias und insbesondere der Werksleitung und ihrem Chef, dem infolge Allerhöchster Auszeichnung nunmehrigen Hofrath Lipold, bringe ich demnach ein herzlichliches Glück auf!“

Der Redner wurde am Schlusse seines wiederholt von stürmischem Beifalle unterbrochenen Toastes von vielen Seiten beglückwünscht.

Hofrath Lipold apostrophierte hierauf unter allseitiger Zustimmung den Herrn Landeshauptmann N. v. Kaltenegger, insbesondere im Hinblick auf seine Verdienste um Idria anlässlich der Frage von Freischürzen auf Quecksilber und Kohle, worauf letzterer in bescheidener Weise diese Ovation ablehnte und die Gesellschaft einlub, auf die Achtung vor dem Gesetze, auf Freiheit und Bildung als die eigentlichen Grundlagen jeden Staates das Glas zu leeren, welche zündenden Worte in der Versammlung den lebhaftesten Wiederhall fanden.

Handelskammerpräsident Dreo beschloß die Reihe der Reden mit einem zeitgemäßen Toaste auf Idria, seine wackeren Bewohner und die Hausindustrie von Idria und Umgebung, welche sich durch Unterstützung von oben bereits auf eine Stufe gehoben hat, die keine Concurrenz mit dem Auslande mehr zu scheuen braucht, welcher Toast gleichfalls die lebhafteste Zustimmung aller Anwesenden erntete.

Noch gelangte die Verlesung der zahlreich eingelaufenen Begrüßungs-Telegramme durch Herrn Berggrath Czernak an die Reihe. Diese Begrüßungs-Telegramme, oft in recht kernigen und herzhaften, stets jedoch in wärmste Sympathie bekundenden Ausdrücken abgefasst, kamen von den Bergdirectionen in Pribram und Ribbichel, den Montanistern in Brigglegg, dem Professorencollegium der Bergakademie in Leoben und von den auf einer Studienreise derzeit in Johansdorf befindlichen Leobener Bergakademikern mit ihren Professoren Hann und Hofel, von den kärnthnerischen Bergbaubesitzern, von einem ehemaligen Idrianer Beamten Ambrosch in Kratau, vom Oberberggrath Jarosimek in Wien, von Gabriel in Ruffsdorf, von den Forsttechnikern des Ackerbauministeriums in Wien, von der krainischen Industrie-Gesellschaft, von Brunnlechner in Wien, von Toman in Mies, von Stranežkar in Bleiberg, von der Stadt Gottschee, von den Landtagsabgeordneten Deschmann, Dr. Schaffer, Dr. Ritter v. Savinschegg, Ritter v. Besteneck, W. Hožewar, Ritter v. Gutmannsthal und Baron Taufferer u. v. a. Jedes dieser Telegramme wurde mit den kräftigsten „Glückauf“-Rufen, besonders der Vergleute, jubelt. Ganz besonderer Beifall errang ein Begrüßungs-Telegramm des Bezirksarztes Dr. Ferdinand Erschen, als der vorlesende Herr Berggrath daran erinnerte, dass dieser Gruß vom Sohne eines Mannes herrühre, der allen Idrianern der jetzigen Generation in bester und dankbarster Erinnerung stehe, des Schullehrers Erschen, dem so viele jetzt hier und auswärts zu hohen und angesehenen Lebensstellungen gelangte die Grundlage ihres Wissens und ihrer Stellung danken.

So endete das schöne Fest in heiterster, von keinerlei Misston getrübt Weise. Es war bereits halb 7 Uhr abends, als das Bankett aufgehoben wurde.

## Das Volksfest auf der „Zemlja“.

Nachdem das für den Nachmittag und Abend des zweiten Festtages in Aussicht genommene Volksfest auf der „Zemlja“ nicht unter der Firma „Ob schön, ob Regen“ festgesetzt, sondern nur auf „Schön“ eingerichtet war und der Regen den ganzen Nachmittag unaufhörlich niederging, so entfiel der für den Nachmittag bestimmte Theil des Programms, als da sind: Scheibenschießen, Kegelschieben, Musik, Baumklettern mit Besten u. s. w. gänzlich, und erst um 7 Uhr abends, als der Regen nachließ, ja von Zeit zu Zeit ganz aufhörte, wurde noch in letzter Stunde das mot d'ordre ausgegeben „auf die Zemlja.“ Diesem Rufe folgten auch sofort mehrere tausend Menschen, und so konnten die zwei nächtlichen Schlussnummern des verregneten Volksfestes, nämlich Feuerwerk und Tanz, doch noch vom Stapel gelassen werden.

Das Feuerwerk wurde mit einem großen Aufwande von Raketen aller Arten, Leuchtkugeln, Feuerkrädern und brillanten Tableaux ins Scene gesetzt und erntete den unverholtensten Beifall des zu Tausenden anwesenden Arbeiterpublicums. Als man von dem Feuerwerk in die Anlagen der „Zemlja“ zurückkehrte, boten diese durch eine mit schönen Ballons, die an grünen, von Baum zu Baum geschlungenen Laubbögen hingen, hergestellte äußerst geschmackvolle Beleuchtung einen zauberhaften Anblick, und fehlte nur laue Luft, reiner Himmelsbogen, funkelnder Sternenschimmer und blasser Mondeschein, um die Phantasie an die Ufer des italienischen Meeres zu versetzen.

Der Strom der Arbeiter ergoß sich in die schönen Räume, um an den zahlreichen Tischen und Bänken Labung zu suchen und — wie die durchwegs heitere Stimmung bezeugte — auch fand. Ein für die Knappen bestimmter geschlossener Tanzraum bot ein ganz seltenes Schauspiel; in einem kaum als mittelgroßes Zimmer zu bezeichnenden Raume, in welchem verwöhnte Tanzlust höchstens zehn Paare hineinzudenken vermocht hätte, tanzten bei den Klängen von ein paar von Knappen besorgten Blasinstrumenten gewiss 70 bis 80 Paare gleichzeitig, so dass das ausseh, als ob man einen Ameisenhaufen angewühlt hätte, und zwar tanzten die Knappen mit einem solchen Eifer und solcher Hingebung, dass, nachdem der Vortanz an tanzberufenen Mädchen ganz verbraucht war, man sans gêne zu den Surrogaten unerwachsener Mädchen und männlicher Collegen griff. Wohl selten mag dem Beobachter des Volkslebens ein so bewegtes und belebtes Bild vorkommen.

Indes die Arbeiterwelt sich in den unteren Räumen in geschilberter Weise vergnügte, entwickelte sich in dem Tanzsaale des ersten Stockwerkes des Restaurationgebäudes ein veritabler Ball. Die jeunesse dorée von Idria, verstärkt durch auswärtige Jünger Terpsichorens, warben um die Gunst schöner Mädchen und Frauen, die in überraschend großer Anzahl und in einzelnen wahren Prachtexemplaren da waren, und wiegten sich beglückt an den Armen der tanzlustigen Frauenwelt. In den Parterreräumen desselben Hauses saßen in Gruppen Beamte und Bürger, Fremde und Einheimische ohne Unterschied des Standes und Ranges zusammen, um in gemüthlicher Weise bei Bier und Wein zu verkehren, wobei wohl die Ereignisse der beiden letztverfloffenen Tage das Hauptgespräch gebildet haben mochten. Da wurde erzählt, wie der Regen die Vollendung der Decorationen an den Häusern störte, dass fast alle Arbeiter für dieses Fest ihre Häuser eigens frisch getüncht hatten u. s. w., dort saßen alte Freunde, die, jahrelang getrennt, sich aus diesem Anlasse wieder zu sehen Gelegenheit fanden und Erinnerungen der Jugend austauschten, kurz, das Ganze trug in seinem letzten Ausläufer eines verregneten Tages trotzdem den Charakter eines wahren, heiteren und gemüthlichen Volksfestes. Ein Theil der Festgenossen zog es vor, nach dem Feuerwerke in der Bierhalle des Herrn Dibic eine improvisierte Festkneipe zu arrangieren, und auch dort herrschte derselbe Geist der Gemüthlichkeit und ungetrübten Heiterkeit als würdiger Abschluss des zweiten Festtages.

— (Communale Vertranenskundgebungen.) Sr. Excellenz dem Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe sind in letzterer Zeit nachfolgende Zustimmungskundgebungen aus unserem engeren Heimlande zugekommen: „Die Gemeindevertretung St. Veit bei Sittich, Bezirkshauptmannschaft Littai, hat einstimmig Euer Excellenz am 13. Juni zum Ehrenmitglied ernannt. Muli m. p., Bürgermeister.“ — „In Anerkennung Ihres edlen Strebens zur Befriedigung und Gleichberechtigung aller österreichischen Völker ernannte Sie der Gemeinderath von Littai einhellig zum Ehrenmitglied. Diplom folgt. Alois Robler, Gemeindevorsteher.“ — „Von tiefer Dankbarkeit durchdrungen für das erfolgreiche Bemühen Euer Excellenz zur Neugestaltung Oesterreichs auf dem wahrhaften Boden der Verfassung für die Gleichberechtigung aller Nationen hat die Stadtgemeinde-Vertretung Tschernembl Euer Excellenz zu ihrem Ehrenbürger ernannt. Geruhm Euer

Exzellenz diesen Ausdruck des Vertrauens huldvollst entgegenzunehmen, mögen Euerer Exzellenz die hochherzige Mission der Beglückung aller Völker Oesterreichs unter dem Scepter unseres erhabenen Monarchen gegenüber der Anmaßung und Leidenschaft ruhmreich vollbringen. Suferic m. p., Bürgermeister.

In innerer Befriedigung über Euerer Exzellenz edles Streben, Oesterreich durch Uebung von Gerechtigkeit gegen alle Nationen der Monarchie stark zu machen, hat die Vertretung der Stadtgemeinde Stein Euerer Exzellenz einstimmig zum Ehrenbürger dieser Stadt ernannt. Diesen Beschluß bringen wir zu Euerer Exzellenz Kenntnis mit dem Wunsche, daß dies edle Streben mit dem verdienten Erfolge gekrönt werden möge. Dr. Samec m. p., Bürgermeister. — Für die erfolgreichen Bemühungen Euerer Exzellenz zur Gleichberechtigung aller Nationen hat die Landgemeinde Franzdorf Euerer Exzellenz zu ihrem Ehrenbürger ernannt. Mögen Euerer Exzellenz diesen Ausdruck des Vertrauens huldvollst entgegennehmen und die hochherzige Mission glücklich vollenden. Telban m. p., Bürgermeister. — Gefertigtes Gemeindeamt erlaubt sich ergebenst, Euerer Exzellenz zu berichten, daß Euer Wohlgeboren zum Ehrenmitgliede der Ortsgemeinde Reifnitz in Krain gewählt wurden. Gemeindeamt Reifnitz, 16. Juni. Klun m. p., Gemeindevorstand.

(Lehrerconferenz für den Stadtschulbezirk Laibach.) Gestern von 9 bis 1 Uhr vormittags fand im städtischen Rathssaale unter dem Vorsitz des Bezirkschulinspectors Professor Ritter von Gariboldi und in Anwesenheit von 30 stimmberechtigten Mitgliedern die diesjährige Lehrerconferenz für den Stadtschulbezirk Laibach statt. Dieselbe wurde vom Vorsitzenden, nachdem derselbe den Director Probaty zu seinem Stellvertreter bestimmt und die Versammlung die Lehrer Maier und Zumer zu Schriftführern gewählt hatte, mit der Mittheilung der seit der vorjährigen Conferenz im Lehrkörper des Laibacher Stadtschulbezirk vorgegangenen Personalveränderungen und mit einem Referate über seine Wirksamkeit im Stadtschulrath, die von der Conferenz zur Kenntnis genommen wurden, eröffnet. Hierauf gab der Vorsitzende die von ihm bei den Schulinspektionen im verflossenen Jahre gemachten Wahrnehmungen hinsichtlich des Schulbesuches, der Disciplin, des Unterrichtes und der erzielten Erfolge bekannt und knüpfte daran seine Anleitungen und Rathschläge. — Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Besprechung der von den beiden hiesigen Lehrern Razinger und Zumer verfaßten und kürzlich (bei Jg. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg) in Druck erschienenen Fabeln: „Slovensko-nemski Abecednik“ (für Stadtschulen) und „Slovenski Abecednik“ (für Landschulen), deren erste schon von der vorjährigen Conferenz im Manuscripte gutgeheißen und zur Empfehlung höhernorts angenommen worden war. Eine Minorität der Anwesenden bemängelte die in den beiden Fabeln beobachtete Schreibmethode und die hiebei verwendeten Schriftzeichen, doch wurde schließlich nach längerer Debatte und nach einem von Herrn Razinger erstatteten erläuternden Referate mit 20 gegen 10 Stimmen die Aufrechterhaltung des vorjährigen Beschlusses hinsichtlich beider Fabeln genehmigt. Nachdem sodann noch die im kommenden Schuljahre in den hiesigen Volksschulen zu verwendenden Lehr- und Lesebücher festgesetzt und der vom Obmanne der Bibliothekcommission (Herrn Kotalj) erstattete Bericht über den Stand der Bezirks-Lehrerbibliothek zur Kenntnis genommen worden war, wurde zur Wahl der Vertreter in die ständige Landes-Lehrerconferenz und der Bibliothekcommission geschritten, wobei die bisherigen Mitglieder einstimmig wiedergewählt wurden, worauf der Vorsitzende die Conferenz für geschlossen erklärte.

(Vergnügungszug.) Anlässlich des Peter- und Paul-Feiertages verkehrt morgen auf der Südbahn ein Vergnügungszug in der Richtung von Triest nach Wien, der von allen Stationen aus benützt werden kann.

Der Zug verläßt um 7 Uhr 30 Minuten morgens Triest. Die Fahrpreise sind außerordentlich ermäßigt und betragen für die ganze Strecke Triest-Wien hin und zurück: 2. Klasse 20 fl., 3. Klasse 14 fl. (Von den dazwischen liegenden Stationen aus entsprechend billiger.) Mit den gelbsten, 14 Tage gültigen Billetten kann die Rückreise beliebig mit allen Personenzügen (Eil- und Courierzüge ausgenommen) stattfinden und darf dieselbe einmal in beliebiger Station unterbrochen werden.

### Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 24. Juni. Die „Pol. Corr.“ erfährt von informierter Seite, die Delegiertencommission habe sich vollständig über die Grenze in Epirus und Thessalien geeinigt. Die Botschafter treten am 25. Juni zusammen, um die neue Linie zu genehmigen und das bezügliche Protokoll zu unterzeichnen.

Pariser und Philippopeler Briefe der „Pol. Corr.“ signalisieren die Eventualität, daß Aleo Pascha von Konstantinopel, wohin er reise, nicht mehr nach Philippopel rückkehre.

Berlin, 25. Juni. Das Abgeordnetenhaus nahm Artikel X der Kirchenvorlage in der Fassung der Regierung an, lehnte Art. XI ab und nahm Art. XII mit Abänderungen an, welchen der Cultusminister zustimmte.

Wien, 23. Juni. Die „Politische Correspondenz“ constatirt gegenüber der „Semaine Financière“, das österreichische Deficit für 1880 sei durch den Erlös des Goldrentenverkaufes bis auf 1 1/10 Millionen gedeckt; mit Rücksicht auf das günstige Ernte-Ergebnis dürfte auch durch die abgeänderte Rübenzuckersteuer dieser geringe Betrag gedeckt erscheinen.

Graz, 24. Juni. (N. fr. Pr.) Gestern reisten der Bürgermeister Rienzl, Baron Washington und Kammerpräsident Krepezh nach Wien zur Audienz, um den Kaiser zum Besuche der Landesausstellung einzuladen. Die Grazer Kaiserreise soll bereits beschlossene Sache sein.

Prag, 24. Juni. (N. fr. Pr.) Bei der heutigen Landtagswahl aus dem nichtfideicommissarischen Grundbesitze wurden Theol. Dr. Professor Ferdinand Hecht, Graf Ernst Carl Waldstein jun. und der Grundbesitzer Ludwig Beer gewählt. Der Feudaladel hielt sich auch diesmal von der Wahl ferne.

Brünn, 24. Juni. (N. fr. Pr.) Der Obmann-Stellvertreter des Vertrauensmänner-Comités der mährischen Verfassungspartei, Dr. Sturm, hat für Sonntag, den 27. Juni, eine Versammlung dieses Comité's einberufen zur Berathung über den anfangs September in Brünn abzuhaltenden deutsch-mährischen Parteitag. Für diesen Parteitag ist bereits aus zahlreichen Orten Mährens eine starke Betheiligung in Aussicht gestellt, so daß derselbe eine bedeutungsvolle Parteimanifestation bilden wird.

Berlin, 23. Juni. Die Conferenz dürfte in der nächsten Woche mit der Feststellung der Grenzlinie ihre Thätigkeit schließen. Alles Weitere bleibt den Verhandlungen unter den Mächten vorbehalten.

Paris, 23. Juni. Der „Röln. Btg.“ wird gemeldet: Es gilt als sicher, daß Freycinet nicht lange mehr an der Spitze des Cabinet's bleiben wird, da dessen Stellung durch unsicheres Aufstreben in der letzten Zeit unhaltbar geworden ist. Gambetta wird jedoch, falls Freycinet sich zurückzieht, nicht an dessen Stelle treten, sondern Brisson vom republikanischen Verein, der gegenwärtig Präsident des Budgetausschusses der Deputiertenkammer ist. Im Senat herrscht noch eine große Abneigung gegen die Amnestievorlage. Paul Remusat und dessen Freunde, Dufaure, Laboulaye und Consorten, sowie Jules Simon gehören zu den Gegnern der Amnestie. Man glaubt indes, daß der Senat bei dieser Gelegenheit es auf keinen Conflict ankommen lassen werde.

In der Versammlung der Rechten des Senats wurde beschlossen, daß man in der Amnestiefrage sich nicht der Abstimmung enthalten, sondern gegen den betreffenden Gesetzentwurf stimmen wolle.

Paris, 24. Juni. Die „Agence Havas“ meldet aus Ragusa: Die albanesische Liga richtete an die Conferenz in Berlin ein Telegramm folgenden Inhalts: Die Albanesen werden niemals in eine Zerstückung ihres Landes, noch in einen Gebietstausch einwilligen, welcher sie einer fremden Herrschaft unterwirft. Die Albanesen erneuern bei den Bevollmächtigten die Bitte, ihr Verlangen auf Intacterhaltung ihrer alten Rechte in erste Erwägung zu ziehen, und bethuern ihre Dankbarkeit dafür, daß auf diese Weise Blutvergießen verhindert und zur Entwicklung der Civilisation beigetragen würde.

Versailles, 23. Juni. Das gesammte staatsanwaltschaftliche Bureau hat demissionirt, um nicht die Decrete vom 29. März anzuwenden.

Madrid, 22. Juni. (Frdbll.) Die Kammer hat den mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Handelsvertrag genehmigt.

London, 23. Juni. (Frdbll.) In dem Gedanken-austausch, welcher über das Dulcigno-Arrangement gepflogen wurde, erklärt sich Oesterreich-Ungarn bereit, bei Erörterung der türkischen Reformen in Konstantinopel die Autonomie Albanien's zu befürworten.

Belgrad, 23. Juni. (Pol. Corr.) Fürst Milan reist Samstag, den 26. Juni, begleitet von seinen beiden Adjutanten Oberst Catargi und Major Simonovic und dem Secretär Jofsic, nach Wien ab.

Athen, 23. Juni. In allen Provinzen werden Freiwillige geworben. Die Deputierten wollen sich an die Spitze stellen, und man glaubt so in 6 Wochen 44,000 Mann auf die Beine zu bringen. Dagegen armieren die Türken die Marmoraslotte und besetzen Larissa und Prevesa.

Cincinnati, 23. Juni. Die von der demokratischen Convention vorgenommene erste Abstimmung behufs Ernennung des Präsidentschaftscandidaten führte zu keinem Resultate. Abgegeben wurden 735 Stimmen. Davon erhielten Bayard 163, Field 65, Morrison 62, Hendricks 49, Hancock 171, Thurman 68, Payne 81, Tilden 38 Stimmen. Die übrigen Stimmen fielen auf verschiedene Candidaten. Die Convention vertagte sich auf morgen.

### Angekommene Fremde.

Am 24. Juni.

Hotel Stadt Wien. Kaiser, Kaufm., und Mary, Wien. — Brill, Kaufm., Schweiz. — Sambo, Triest. — Pichler, Beamtensgattin, Gottschee. — Fruch, Gutsbesitzer, Obbergörttschach. Hotel Elephant. Hassan Effendi sammt Frau, Alexandrien. — Bahici, Agent, Jara. — Poche, Kaufm., Triest. — Hofbauer, Fabrikbesitzer, Ugram. Kaiserlicher Hof. Grabal und Dolezal, Bahnbeamte, Marburg. — Rodari, Holzhändler, Triest.

### Verstorbene.

Den 24. Juni. Franz Schrank, Schuhmacherwitwenssohn, 1 1/2 J., Polanastraße Nr. 18, Morbus Brightii.

### Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Juni	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Ansicht des Himmels	Staub und Regen in Millimetern
24.	7 U. Mg.	734.18	+16.4	windstill	heiter	20.00
	2 " N.	733.63	+17.2	W. schwach	bewölkt	Regen
	9 " Ab.	733.25	+14.8	W. schwach	bewölkt	

Morgens heiter, schwül, gegen Mittag heftiges Gewitter mit Regen, nicht lange anhaltend; abends nach 6 Uhr fernes Gewitter, schwarzes Gewölke aus Süden, Regen; nachts Gewitter, lange anhaltend. Das Tagesmittel der Wärme + 16.1°, um 2.7° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsebericht. Wien, 24. Juni. (1 Uhr.) Die Prolongation war etwas vertheuert, aber nicht sehr erschwert, die Börse insolge dessen fest.

Selb		Ware		Selb		Ware		Selb		Ware															
<b>Grundentlastungs-Obligationen.</b>																									
Böhmen	103	104	Niederösterreich	105	105.50	Gallizien	97.80	98.20	Siebenbürgen	94.75	95														
Temeser Banat	94.20	94.50	Ungarn	95.75	95	<b>Actien von Banken.</b>																			
Anglo-östr. Bank	137	137.25	Creditanstalt	282.50	282.75	Depositenbank	267	267.25	Creditanstalt, ungar.	828	829														
Oesterreichisch-ungarische Bank	118	118.25	Unionbank	132.25	132.75	Verkehrsbank	138	138.25	<b>Actien von Transport-Unternehmungen.</b>																
Alföld-Bahn	158	158.50	Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	579	580	Elisabeth-Westbahn	190	190.50	Ferdinands-Nordbahn	2505	2508	<b>Franz-Joseph-Bahn</b>													
Galizische Carl-Ludwig-Bahn	279	279.25	Rafchau-Oberberger Bahn	132	132.50	Bemberg-Czernowitzer Bahn	167.75	168	Lloyd-Gesellschaft	693	694	Oester. Nordwestbahn	168	168.50											
Rudolf-Bahn	192	192.25	Staatsbahn	163	163.50	Südbahn	285	285.25	Therz-Bahn	83	83.25	Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	143.25	143.75											
Ungarische Nordostbahn	143.50	149	Ungarische Westbahn	149.50	150	Wiener Tramway-Gesellschaft	243.50	244	<b>Devisen.</b>																
Auf deutsche Plätze	56.95	57.05	London, kurze Sicht	117.10	117.20	London, lange Sicht	117.15	117.25	Paris	46.80	46.80	<b>Geldsorten.</b>													
Ducaten	5 fl. 54	fr. 5 fl. 55	Napoleons'or	9	33 1/2	Deutsche Reichsnoten	57	50	57	55	Silbergulden			<b>Krainische Grundentlastungs-Obligationen:</b>											
Geld 101		Ware 102	Credit	282.80	bis 283	Anglo	137		bis 137.25	London	117.10	bis 117.25	Napoleons	9.34	bis 9.34 1/2										